

Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau
SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

Uranmüll-Lagerung in Gronau heute um 15 Uhr Thema im Landtag:

- „NRW-Landesregierung darf Uranmüll-Dauerlager nicht genehmigen“**
- NRW-Landesregierung positionlos in Endlager-Suchkommission**

(4. Juli 2014) Der Düsseldorfer Landtag wird am heutigen Freitag, 4. Juli, um 15 Uhr auf Antrag der Piraten über die bevorstehende Inbetriebnahme des Uranmüll-Dauerlagers für 60 000 Tonnen Uranoxid auf dem Gelände der Urananreicherungsanlage Gronau beraten. Die Piraten fordern, dass die NRW-Landesregierung zunächst die Beratungen der Endlager-Suchkommission abwarten soll, bevor sie in Gronau mit einer zeitlich unbefristeten Einlagerungsgenehmigung Fakten schafft (Landtags-Drucksache 16-6116).

„Das Chaos rund um die Jülicher Castor-Lagerung zeigt, dass die Zwischenlagerung von Atommüll ein Flug ohne Landebahn ist. Denn es gibt keine sichere Atommüllentsorgung. Wenn in Gronau jetzt 60 000 Tonnen Uranmüll zeitlich unbefristet in einer Halle lagern sollen, die nicht mal gegen Flugzeugabstürze gesichert ist, dann senkt das die Sicherheitsanforderungen enorm. Und es droht die schleichende Entstehung eines oberirdischen Endlagers – die NRW-Landesregierung darf dieses Uranmüll-Dauerlager auf keinen Fall genehmigen,“ forderte Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz und Mitglied im Arbeitskreis Umwelt Gronau.

Die NRW-Landesregierung weigert sich zudem, mit eigenen inhaltlichen Positionen in die Beratungen der Endlager-Suchkommission zu gehen. Dies geht aus einer kürzlich veröffentlichten Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Piraten hervor (Landtags-Drucksache 16-6098). Man wolle erst die Beratungen der Kommission abwarten, um danach zu entscheiden, ob und wie die sichere Entsorgung der hochradioaktiven Brennelementkugeln in Jülich und Ahaus sowie des Gronauer Uranmülls thematisiert werde. Für die Landesregierung sitzt Wirtschaftsminister Duin in der Endlager-Suchkommission.

„Diese Auskunft der rot-grünen Landesregierung ist ein Armutszeugnis. Wie will die Landesregierung eine sichere Atommüllentsorgung erreichen, wenn sie bei den Endlager-Beratungen ohne eigene Positionen untätig die Ergebnisse abwartet? Für die Brennelementkugeln in Jülich und Ahaus sowie für die wachsenden Uranmüllberge in Gronau gibt es keine sichere Entsorgung – diese Untätigkeit wird wie in Jülich in einem neuen Atommüllchaos enden,“ befürchtet Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Die Anti-Atomkraft-Initiativen kündigten Proteste gegen die drohende Inbetriebnahme des Uranmülllagers in Gronau an. „Wir werden nicht tatenlos zuschauen, wie Gronau zu einer Atommüllhalde gemacht wird,“ erklärte Udo Buchholz.

Weitere Infos: www.sofa-ms.de, www.urantransport.de, www.bbu-online.de